



# Geschäftsbericht 2011

# Inhaltsverzeichnis



## Ein aktiver Partner für soziale Sicherheit

Wir beraten kompetent  
und erbringen umfassende  
Leistungen.

Teamgeist, Leistungsstärke  
und ständige Qualifizierung  
sind unsere Basis für ein  
erfolgreiches Service-Unter-  
nehmen.

Mit unserer Betreuung  
schaffen wir soziale und  
finanzielle Sicherheit.

Vorwort .....	3
Aufgaben, Unternehmen und Versicherte .....	4
Prävention: Gesundheit fördern – Risiken vermeiden .....	6
Rehabilitation und Leistungen .....	8
Widersprüche, Klagen und Kataster .....	10
Regress .....	11
Selbstverwaltung .....	12
Verwaltung .....	13
Haushalt .....	14



---

*Aus Gründen der Vereinfachung und der besseren Lesbarkeit wird weitestgehend die männliche Form verwendet. Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass dies explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.*

---

### Impressum:

© Unfallkasse Berlin 2012

[www.unfallkasse-berlin.de](http://www.unfallkasse-berlin.de)

Verantwortlich: Wolfgang Atzler

Redaktion: Kirsten Wasmuth

Umsetzung: eobiont GmbH

Bildnachweis (Seitenzahl in Klammern) v. l. n. r.: ©iStockphoto/Westend61 (Titel), ©fotolia.de/flashpics (2), UKB/Jan Röhl (3), Petra Lang (3), ©iStockphoto/Dekan Ristovski (4), ©iStockphoto/René Mansi (4), ©fotolia.de/Christian Schwier (5), ©iStockphoto/craftvision (5), ©fotolia.de/Falk (8), ©iStockphoto/Tammy Bryngelson (9), ©iStockphoto/kzenon (10), ©iStockphoto/Jeffrey Corneilson (13)

# Vorwort



Werner Schaberg  
(Vorstandsvorsitzender)



Claudia Pfeiffer  
(alternierende Vorstandsvorsitzende)

Liebe Leserinnen und Leser,

wir möchten auf den nächsten Seiten einen Überblick über Zahlen, Daten und Fakten unserer Arbeit geben und Ihnen einen interessanten Einblick in unsere Tätigkeit vermitteln.

Die im Berichtsjahr durchgeführten Sozialversicherungswahlen waren für die Unfallkasse Berlin ein prägendes Ereignis. Mit der Neuwahl der Mitglieder war ein Generationswechsel verbunden, da für zahlreiche Mitglieder mit Ende des aktiven Erwerbslebens auch das Ehrenamt in den Selbstverwaltungsorganen endete. Die neu und wieder gewählten ehrenamtlichen Vertreterinnen und Vertreter werden gemeinsam den Weg der Unfallkasse Berlin fortsetzen. Die Selbstverwaltung blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück, wozu die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unfallkasse Berlin durch ihren Einsatz entscheidend beigetragen haben. Wir danken allen Vertretern sowie Mitarbeitern für die erfolgreiche und engagierte Zusammenarbeit.

Gemeinsames Leitmotiv war 2011 der gesetzliche Auftrag zur Prävention und Rehabilitation mit allen geeigneten Mitteln.

Die Arbeit der Prävention wurde dabei im Jahr 2011 durch grundlegende Neueregungen geprägt. Neben der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie, einer auf Dauer angelegten konzertierten Aktion von Bund, Ländern und Unfallversicherungsträgern zur Stärkung von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, bestimmt insbesondere die neue DGUV Vorschrift 2 „Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ die Präventionstätigkeit. Mit der DGUV Vorschrift 2 gibt es seit Januar 2011 erstmals für Berufsgenossenschaften und Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand eine einheitliche und gleichlautende Vorgabe zur Konkretisierung des Arbeitssicherheitsgesetzes (ASiG).

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen und neuer Herausforderungen wurden im Berichtsjahr auch im Bereich der Rehabilitation die Heilverfahren seitens der DGUV grundlegend überprüft und in Teilen neu ausgerichtet. Die Vorteile der gesetzlichen Unfallversicherung, alle geeigneten Leistungen aus einer Hand erbringen zu können, sollen damit noch konsequenter in nahtlosen Versorgungs-

strukturen abgebildet werden. Auch intern wurden und werden die Abläufe zur Bearbeitung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten weiter optimiert. Von der zeitgemäßen Weiterentwicklung der Verwaltungsorganisation werden nicht nur Mitgliedsbetriebe und Versicherte durch eine zügigere Bearbeitung profitieren, sondern auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unfallkasse dank verbesserter Arbeitsbedingungen.

Wir wünschen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine anregende Lektüre.

Ihre Vorstandsvorsitzenden  
Berlin, im August 2012



# Aufgaben, Unternehmen und Versicherte



Die Unfallkasse Berlin ist Trägerin der gesetzlichen Unfallversicherung für das Land Berlin.

- Sie hat die gesetzliche Aufgabe, Unfällen am Arbeitsplatz, in der Schule und auf den damit verbundenen Wegen vorzubeugen und sie mit allen geeigneten Mitteln zu verhüten. Ebenso soll sie Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren vorbeugen und diese verhindern.
- Sofern ein Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit eingetreten ist, gewährleistet die Unfallkasse Berlin mit allen geeigneten Mitteln die medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation.
- Außerdem sichert sie entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag die Verletzten und die unter einer Berufskrankheit Leidenden oder deren Angehörige finanziell ab und entschädigt sie gegebenenfalls.

## Versicherte der Unfallkasse Berlin

### Anzahl der Versicherten in der Schüler-Unfallversicherung

Versichertengruppe	2010	2011
Kinder in anerkannten Tageseinrichtungen	116.709	120.968
Schüler in staatlichen und privaten allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen	416.874	416.954
Studierende an staatlichen und privaten Hochschulen	143.496	152.109
Kinder, die von Tagesmüttern betreut werden	5.094	5.625
<b>Insgesamt</b>	<b>682.173</b>	<b>695.656</b>



Die gesetzliche Unfallversicherung ist eine für die Versicherten beitragsfreie Sozialversicherung. Sie wird von den Unternehmen und vom Land Berlin finanziert.

### Zahl der Versicherten

In der Schüler-Unfallversicherung setzte sich die Zunahme im Versichertenbestand weiter fort. Die Zunahme zum Vorjahr betrug mit insgesamt 13.483 Versicherten rund 2,0 Prozent.

Wie im Vorjahr stieg die Anzahl der Studenten aufgrund der Einrichtung zusätzlicher Studienplätze im Zusammenhang mit den doppelten Abiturjahrgängen um 8.613 (rund 6,0 Prozent) an. Demgegenüber blieb die Schülerzahl im Berichtsjahr mit 416.954 Versicherten nahezu konstant.

Wegen der positiven Entwicklung der Geburtenraten ab 2009 konnte bei den Kindern in anerkannten Tageseinrichtungen im Berichtsjahr ein erneuter Anstieg der Versichertenzahl um rund 3,6 Prozent bzw. 4.259 Kinder verzeichnet werden. Auch bei den betreuten Kindern in der Tagespflege stieg die Versichertenzahl in 2011 um 531 Kinder (rund 10,4 Prozent). Ganz wesentlich steht diese Entwicklung im Zusammenhang mit der hohen Betreuungsquote in Berlin. Danach wurden im Berichtsjahr 42,3 Prozent der unter dreijährigen Kinder in einer Tageseinrichtung

oder Tagespflegestelle betreut. Für Kinder von drei bis sechs Jahren betrug die Quote in Berlin sogar 90,9 Prozent.



### Anzahl der Versicherten in der Allgemeine Unfallversicherung

Versichertengruppe	2010	2011	
Arbeiter, Angestellte und Auszubildende im Landesbereich sowie der Bezirksämter mit ihren jeweiligen Verwaltungen, Anstalten, nachgeordneten Einrichtungen und Betrieben	62.412	62.862	
Beschäftigte in Unternehmen des Landes, die in selbstständiger Rechtsform betrieben werden	95.624	98.416	
Beschäftigte in privaten Haushaltungen	9.791	8.706	
Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II, sog. Zusatz- oder Ein-Euro-Jobs	48.714	33.768	
Unternehmer nicht gewerbsmäßiger „kurzer“ Bauarbeiten	1.000	1.000	
Personen, die in Einrichtungen zur Hilfe bei Unglücksfällen tätig sind	7.149	7.852	
Blutspender in Einrichtungen, die bei der UKB versichert sind	31.493	27.575	
Ehrenamtlich Tätige (z. B. Schöffen, Elternvertreter, Wahlhelfer, bürgerschaftlich Engagierte)	41.719	71.134	
Häusliche Pflegepersonen	49.075	49.075	
Personen, die während des Freiheitsentzugs beschäftigt sind	2.593	2.802	
Sonstige regelmäßig in nicht unerheblichem Umfang Tätige	3.161	3.226	
<b>Insgesamt</b>	<b>352.731</b>	<b>366.416</b>	



Im Jahr 2011 waren in der Allgemeinen Unfallversicherung bei der Unfallkasse Berlin 155 (Vorjahr 148) Dienststellen und Unternehmen in selbstständiger Rechtsform versichert. Insbesondere die Gründung von Tochterunternehmen führte zum Anstieg von sieben versicherten Unternehmen gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der abhängig Beschäftigten stieg demnach absolut um 3.242 auf 161.278 Personen bzw. um rund 2,1 Prozent.

Insgesamt erhöhte sich die Versichertenzahl in der Allgemeinen Unfallversicherung um 13.685 Personen (rund 3,9 Prozent). Die Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg von ehrenamtlich Tätigen, insbesondere den Wahlhelfern. Im Berichtsjahr fand die Wahl zum Abgeordnetenhaus sowie ein Volks- und ein Bürgerentscheid statt.

# Prävention: Gesundheit fördern – Risiken vermeiden

Auch das Jahr 2011 stand im Rahmen der Erfüllung unseres gesetzlichen Auftrages gemäß SGB VII ganz im Zeichen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA). Die Abteilung Prävention beteiligt sich an den Arbeitsprogrammen *Haut, Büro, Pflege, Sicher Fahren und Transportieren* sowie *Schule*. Ein weiterer Schwerpunkt war der Beginn der Umsetzung der neuen DGUV Vorschrift 2 *Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit*. Dazu wurden zahlreiche Beratungen und Informationsveranstaltungen durchgeführt.

Das Arbeitsschutzmanagementsystem *Sicher mit System (SmS)* wurde nach der erfolgreichen Pilotphase weiter entwickelt und als Angebot für alle interessierten Unternehmen vorbereitet. In diesem Zusammenhang wurde auch die Rolle eines Arbeitsschutzkoordinators deutlich hervorgehoben. Die Ausbildung zum Arbeitsschutzkoordinator erfolgt im Rahmen von sechs Seminarmodulen und wurde 2011 begonnen. Es liegen zur Zeit mehrere konkrete Nachfragen aus versicherten Unternehmen zur Einführung eines Arbeitsschutzmanagementsystems vor.

Ein seit 2008 eingeführter digitaler Newsletter, der sich speziell an Führungskräfte richtet, wird weiterhin sehr gern gelesen, wie die stetig wachsende Zahl der Abonnenten zeigt.

## Seminare

Die Seminartätigkeit ist ein wesentlicher Bestandteil der Präventionsarbeit und beansprucht ca. 20 Prozent der Gesamtressourcen der Präventionsabteilung. Die acht inhaltlich neuen Seminare fanden großes Interesse und führten aufgrund der Nachfrage zu zahlreichen Zusatzseminaren. Auch die bereits bewährten Themen wurden stark nachgefragt. Bei-

spielhaft seien hier Seminare zu den Themen *Süchte, Mobbing, Management, Ladungssicherung* und *Prüfung von Leitern und Tritten* erwähnt. Weiterhin erfreuten sich die Themen *Gesundheit fördern im Lehrerberuf, Betriebliches Eingliederungsmanagement, Schwierige Gespräche mit psychisch auffälligen Mitarbeitern, Länger gesünder arbeiten – demografischer Wandel im Unternehmen, Betriebsmittelsicherheit in der Praxis* sowie *Sichere Schulexperimente* sehr großer Beliebtheit.

Insgesamt wurden 3.751 Teilnehmer in 213 Seminaren der Abteilung Prävention geschult. Nach wie vor sind In-Haus-Seminare sehr gefragt. Das Seminarprogramm kann im Internet auf der Homepage unter [www.unfallkasse-berlin.de](http://www.unfallkasse-berlin.de) eingesehen werden. Hier können Interessierte ebenfalls den digitalen Führungskräfte-Newsletter ordern.

## Erste Hilfe

Im Jahr 2011 wurden 10.849 Personen aus den versicherten Unternehmen der Unfallkasse Berlin zu Ersthelfern ausgebildet, 4.262 Ersthelfer für die allgemeinbildenden Schulen sowie 6.587 Ersthelfer für Hochschulen, Verwaltungen, Betriebe und Kitas.

## Schüler-Unfallversicherung

Ziel der Arbeit dieses Referates ist es, Sicherheit und Gesundheit in Kindertagesstätten und Schulen zu fördern. Die Kitas und Schulen erhalten jährlich mit der Kita- bzw. Schul-Info eine Reihe von aktuell interessanten Präventionsthemen für den Bildungsbereich. Erstmals wurde ein Malwettbewerb ausgeschrieben. Die Themen: *Das hat mir wehgetan* und *Wenn ich über die Straße geh*. Mehr als 1.400 Werke von kleinen Künstlern wurden eingesandt. Die beiden Hauptpreisträ-

ger konnten sich mit ihrer Kita bzw. ihrer Schule über ein Konzert mit Robert Metcalf freuen.



## Referat Technik und Verwaltung

Für das Arbeitsprogramm *Gesund und erfolgreich arbeiten im Büro* der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie erfolgte nach der Ersterhebung in 2010 die Interventionsphase. In den meisten Einrichtungen der Berliner Verwaltung gab es Verbesserungsmöglichkeiten in der Organisation des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, der betrieblichen Gesundheitsförderung und der Gefährdungsbeurteilung. Deshalb legte die Unfallkasse darauf den Schwerpunkt in der Beratung. So fanden für Führungskräfte der Bezirksamter, Gerichte, Finanzämter und Justizvollzugsanstalten 34 zusätzliche Seminare zu dem Thema statt. Die Unfallkasse Berlin beriet umfangreich die Staatliche Münze Berlin, die Berliner Feuerwehr und die Stiftung Oper in Berlin zu dem Thema Gefährdungsbeurteilung und zu dem Arbeitsschutzmanagementsystem *Sicher mit System (SmS)*.

Entwicklung der kostenverursachenden Unfälle in der Schüler-Unfallversicherung (Kita-Kinder, Schüler und Studenten) in den letzten sechs Jahren

Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl der Unfälle	64.327	61.653	60.393	59.852	62.572	62.877
Unfälle pro tausend versicherte Personen	95	91	90	88	92	90



## Entwicklung der meldepflichtigen Unfälle in der Allgemeinen Unfallversicherung der letzten sechs Jahre

Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl der Unfälle	3.246	2.656	2.678	2.948	3.748	3.199
Unfälle pro tausend versicherte Personen	20,9	18	17,2	19,3	23,7	19,8

Im Rahmen der Kampagne *Risiko raus!* fand im Mai 2011 bei der Berliner Stadtreinigung (BSR) eine 14-tägige Roadshow statt. Das Motto lautete *Anschnallen ist Pflicht* und wurde auf 13 Betriebshöfen vorgestellt. Ziel war die Verhaltensänderung und Sensibilisierung der Kraftfahrer und ihrer Beifahrer. Ein Gurtschlitten verdeutlichte die Gefahren des Nichtanschnallens. Zusammen mit den Führungskräften der BSR wird die UKB weiterhin das Thema in den Mittelpunkt der Beratung stellen.

#### Referat Gesundheitsdienst und Universitäten

Das Arbeitsprogramm *Pflege* der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie stand im Mittelpunkt der Aktivitäten für unsere Mitgliedsunternehmen im Bereich des Gesundheitsdienstes. Ziel des Arbeitsprogramms *Pflege* ist die Verringerung von Muskel-Skelett-Erkrankungen in Verbindung mit psychischen Belastungen. Um dieses Ziel zu erreichen, fanden im 1. Halbjahr des Berichtsjahres fünf Informationsveranstaltungen statt, an denen über 200 Führungskräfte teilnahmen. Im 2. Halbjahr wurden dann acht Mitgliedsbetriebe aus dem Pflegebereich besichtigt. Die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsschutzakteuren der Unfallkasse, der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) sowie des Landesamtes für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin (LAGetSi) wurde von den Beteiligten als sehr positiv empfunden. Das Arbeitsprogramm läuft noch bis Ende 2012, bis dahin sind weitere gemeinsame Besichtigungen geplant.

Arbeits- und Gesundheitsschutz soll auch an den Hochschulen und Universitäten nachhaltig gelebt werden. Aus diesem Grund wurden im Geschäftsjahr 2011 die

Freie Universität Berlin und die Humboldt-Universität zu Berlin umfassend über die Möglichkeit der Einführung eines Arbeitsschutzmanagementsystems beraten.

Im Ergebnis der intensiven Diskussionen und Beratungen mit den Hochschulleitungen, haben sich beide Universitäten dazu entschieden, mit Unterstützung der Unfallkasse Berlin ein Arbeitsschutzmanagementsystem einzuführen.

In Referat Gesundheitsdienst und Universitäten werden auch die häuslich Pflegenden betreut. Die Pflege von Angehörigen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und der Bedarf steigt aufgrund der demografischen Entwicklung. Diese Versichertengruppe ist bei der Pflege erheblichen Gesundheitsbelastungen ausgesetzt. Ziel der Präventionsarbeit ist deshalb die Erhaltung der Gesundheit der häuslich Pflegenden. Durch ihre besondere Situation und ihre Anzahl muss der Kontakt zu ihnen über Multiplikatoren und besonders gestaltetes Informationsmaterial aufgebaut werden. 2011 wurden deshalb Vorträge in Netzwerken, Selbsthilfegruppen und Pflegestützpunkten gehalten. Die Unfallkasse Berlin verteilt den Pflege-Infobrief – eine zwei Mal jährlich erscheinende Publikation – über die verschiedensten Wege an die häuslich Pflegenden.



#### Referat Organisationsentwicklung

Die systematische Weiterentwicklung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in den versicherten Einrichtungen wurde im Jahr 2011 wesentlich von der Einführung der DGUV Vorschrift 2 *Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit* bestimmt.

Die DGUV Vorschrift 2 ist inhaltlich grundlegend neu gestaltet und erweitert den Gestaltungsspielraum der beteiligten Akteure in den Betrieben (Unternehmer, Betriebsarzt, Fachkraft für Arbeitssicherheit, Beschäftigtenvertretungen) wesentlich.

Um die Betriebe damit vertraut zu machen und Handlungssicherheit zu schaffen, wurden alle Unternehmen mit Informationsmaterialien versorgt. Außerdem fanden mehrere Informationsveranstaltungen und Workshops für die betrieblichen Akteure statt, immer in Kooperation mit den staatlich zuständigen Stellen des Arbeitsschutzes, insbesondere dem Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit (LAGetSi). Betriebsspezifische Beratungen erfolgten in enger Zusammenarbeit mit der jeweils zuständigen Aufsichtsperson.

Zur Ermittlung der Einsatzzeiten und deren Dokumentation wurden Arbeitshilfen entwickelt und stehen den Betrieben unter [www.unfallkasse-berlin.de](http://www.unfallkasse-berlin.de) zur Verfügung. Ebenso wurden in Abstimmung mit den staatlichen Stellen Musterverträge zur Ausschreibung der Einsatzzeiten für Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit erarbeitet und werden demnächst an gleicher Stelle veröffentlicht.

# Rehabilitation und Leistungen

Versicherungs- und Leistungsfälle der gesetzlichen Unfallversicherung sind Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten (BK). Als Arbeitsunfälle gelten auch Unfälle während des Besuchs von Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen.

Versicherte haben einen gesetzlichen Anspruch auf Leistungen zur Heilbehandlung, zur medizinischen Rehabilitation, auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und am Leben in der Gemeinschaft, auf ergänzende Leistungen und auf Leistungen bei Pflegebedürftigkeit. Die Leistungen zur Heilbehandlung und zur Rehabilitation haben Vorrang vor Rentenleistungen.

Ergänzend zur Rehabilitation stellt die wirtschaftliche Absicherung der Versicherten oder ihrer Hinterbliebenen eine wichtige Aufgabe der Unfallkasse Berlin dar. Sie kann hierzu Geldleistungen in Form von Verletztengeld, Übergangsgeld oder einer Rente gewähren. Verletztenrenten werden gezahlt, wenn infolge des Versicherungsfalls über die 26. Woche nach dem Versicherungsfall hinaus eine Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) von mindestens 20 Prozent verbleibt.

Aufgabe der gesetzlichen Unfallversicherung ist nach den Vorschriften des



Sozialgesetzbuches Siebtes Buch (SGB VII) und Neuntes Buch (SGB IX) die Beseitigung, Besserung oder Milderung des durch den Versicherungsfall verursachten Gesundheitsschadens der Versicherten. Ein Ziel ist die Sicherung ihrer Stellung im Arbeitsleben nach ihren Neigungen und Fähigkeiten. Dazu werden auch Leistungen zur Bewältigung der Anforderungen des täglichen Lebens und zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft sowie zur Führung eines möglichst selbstständigen Lebens unter Berücksichtigung von Art

und Schwere des Gesundheitsschadens erbracht.

Die Unfallkasse Berlin erfüllt diese Aufgabe durch aktive Steuerung der Heilverfahren. Das Ziel ist, gemeinsam mit den Versicherten, den behandelnden Ärztinnen und Ärzten und weiteren Beteiligten nach einem Arbeits-, Schul- oder Wegeunfall eine möglichst frühzeitige Wiedereingliederung in die jeweilige Tätigkeit zu erreichen, und zwar mit allen geeigneten Mitteln. Eine besondere Rolle spielen dabei

## Unfallgeschehen im Jahr 2011

Schüler-Unfallversicherung			
Gemeldete Unfälle	2010	2011	
Arbeitsunfälle	65.896	66.628	
Wegeunfälle	4.303	4.170	
<b>Gesamt</b>	<b>70.199</b>	<b>70.798</b>	

Allgemeine Unfallversicherung			
Gemeldete Unfälle	2010	2011	
Arbeitsunfälle	13.618	12.942	
Wegeunfälle	3.315	2.745	
<b>Gesamt</b>	<b>16.933</b>	<b>15.687</b>	



die besonderen Leistungserbringer und Versorgungsverfahren der gesetzlichen Unfallversicherung. Hervorzuheben sind die Kliniken der gesetzlichen Unfallversicherung, Durchgangsärzte (D-Ärzte) sowie die zum Verletzungsartenverfahren (VAV) und zur Berufsgenossenschaftlichen Stationären Weiterbehandlung (BGSW) zugelassenen Kliniken und Einrichtungen.

Intern wurde im Jahr 2011 in der Abteilung Rehabilitation und Leistungen der Maßnahmenkatalog des im Vorjahr durchgeführten Projektes *LeIKA: Leistungsabteilung Konzept Ablaufoptimierung* geplant und teilweise bereits umgesetzt. Durch verschiedene Ansätze sollen schnellere, in geeigneten Fällen intensivere und in allem stärker kundenorientierte Heilverfahren und Arbeitsabläufe unterstützt werden. Kompetent zu beraten, umfassende Leistungen zu erbringen und durch unsere Betreuung soziale und finanzielle Sicherheit zu schaffen – im Sinne des Leitbildes der UKB soll so die Basis für ein erfolgreiches Service-Unternehmen gesichert werden.

#### Entwicklung der Unfallzahlen

Insgesamt wurden 86.485 Unfälle gemeldet, das sind nur 647 weniger als im Vorjahr. In der Allgemeinen Unfallversicherung ist die Zahl der gemeldeten Unfälle auf 15.687 Fälle und die der meldepflichtigen Unfälle auf 3.199 Fälle gesunken. In der Schüler-Unfallversicherung ist die Zahl der gemeldeten Unfälle auf insgesamt 70.798 Unfälle gestiegen; davon waren 66.628 Schulunfälle und 4.170 schulische Wegeunfälle meldepflichtig.

Im Jahr 2011 ereignete sich ein versicherter Unfall mit tödlichem Ausgang. Im Vorjahr ereignete sich kein tödlicher Arbeitsunfall in der Allgemeinen Unfallversicherung.

#### Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und Entschädigung

Die Ausgaben für Rehabilitation und Entschädigung (ohne Renten) für die Allgemeine Unfallversicherung sind um rund 400.000 Euro auf 12,1 Millionen Euro gesunken. Den größten Anteil stellen die

#### Rentenleistungen in Millionen Euro

	Rentenleistungen Gesamt	Rentenleistungen Schüler-Unfallversicherung	Rentenleistungen Allgemeine Unfallversicherung
2010	16,3	2,6	13,7
2011	16,4	2,6	13,8

Ausgaben für ambulante Behandlung mit knapp 5,3 Millionen Euro und stationäre Behandlung mit knapp 3 Millionen Euro.

Die Ausgaben für Rehabilitation und Entschädigung (ohne Renten) für die Schüler-Unfallversicherung sind auf 15,1 Millionen Euro gesunken. Auch hier stellen den größten Anteil die Ausgaben für ambulante Behandlung mit rund 8,6 Millionen Euro und für stationäre Behandlung mit insgesamt rund 4,1 Millionen Euro.

#### Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

Für Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben wurden im Geschäftsjahr insgesamt rund 270.000 Euro aufgewendet.

#### Geldleistungen

##### Renten

An Rentenleistungen für Versicherte und Hinterbliebene wurden insgesamt rund 16.4 Millionen Euro gewährt.

Insgesamt beträgt der Zuwachs für Rentenleistungen ca. 100.000 Euro. Die Anzahl der zum Ende des Geschäftsjahres gezahlten Renten ist um 24 Fälle auf 3.042 (Vorjahr: 3.066) Rentenzahlfälle erneut zurückgegangen. Dies zeigt den Erfolg des Grundsatzes „Rehabilitation vor Rente“.

##### Verletztengeld

Die Ausgaben für Verletztengeld in der Allgemeinen Unfallversicherung sind auf nunmehr 2,56 Millionen Euro gestiegen.

#### Berufskrankheiten

Berufskrankheiten werden von der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung bezeichnet und in der Liste der Berufskrankheiten aufgeführt. Diese Liste wird nach den Erkenntnissen der medizini-

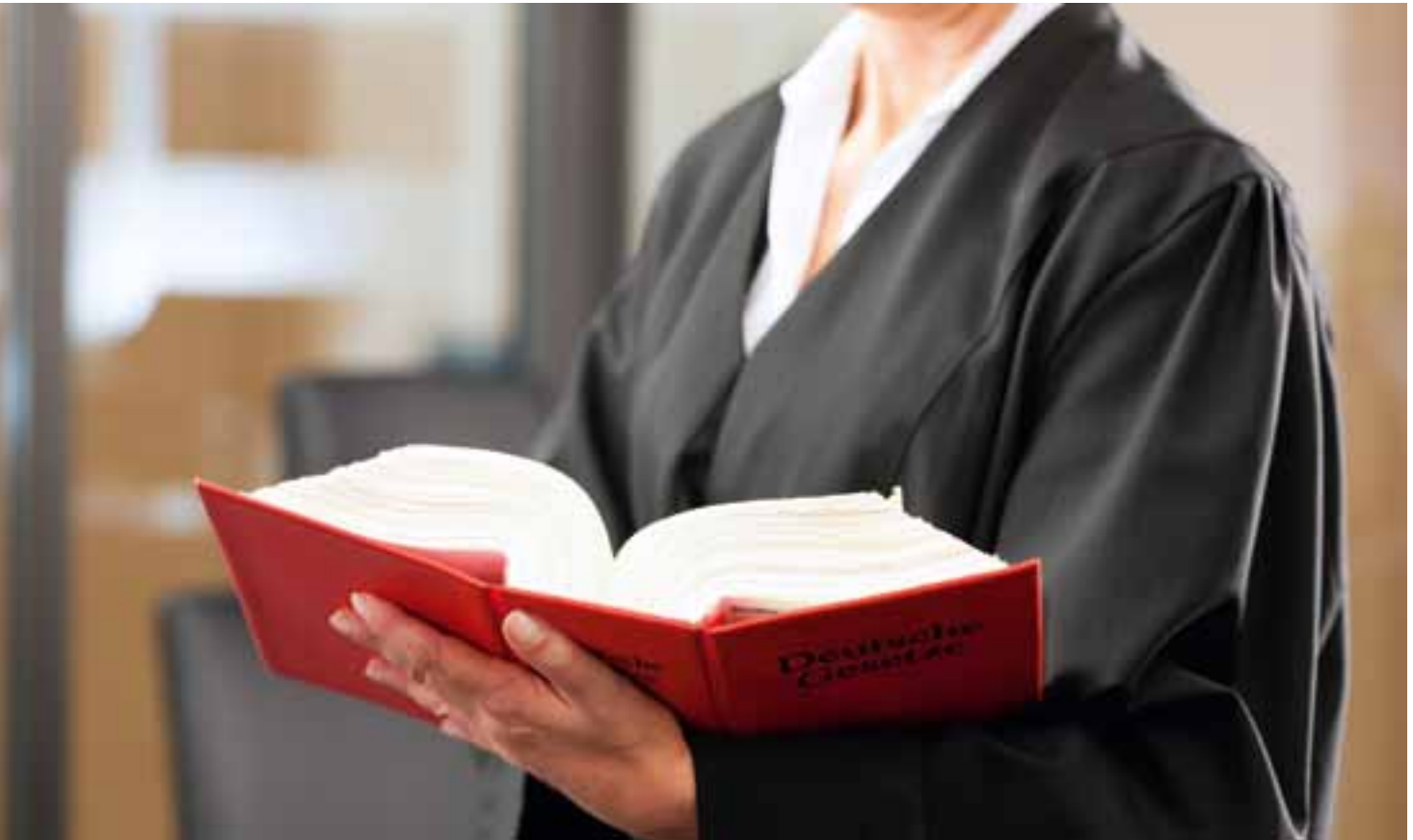
schon Wissenschaft kontinuierlich ergänzt.

Im Geschäftsjahr wurden 185 Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit erstattet (2010: 117 Anzeigen). Der Schwerpunkt der BK-Meldungen lag mit 118 Fällen weiterhin bei den Hauterkrankungen. In allen Fällen wurden Leistungen zur Verhinderung der Entstehung der Berufskrankheit erbracht. Weitere Schwerpunkte waren Infektionskrankheiten mit 19 Meldungen, Wirbelsäulenerkrankungen mit 7 Fällen und astbestinduzierte Erkrankungen mit 6 Fällen.

18 Berufskrankheiten wurden im Geschäftsjahr anerkannt (Vorjahr: 13). In 4 Fällen der anerkannten Berufskrankheiten wurde eine Rente bewilligt. Bei einem Versicherten ist im Jahr 2011 der Tod als Folge einer Berufskrankheit anerkannt worden.



## Widersprüche, Klagen und Kataster



### Kataster

Im Bereich Mitgliedschaftswesen/Kataster wird überprüft und überwacht, für welche Unternehmen und Einrichtungen die Unfallkasse Berlin (UKB) zuständig bzw. nicht mehr zuständig ist.

Auch im Jahr 2011 hielt sich die Zahl der Neugründungen und Schließungen von Einrichtungen die Waage, so dass die UKB eine in etwa gleichbleibende Anzahl von versicherten Betrieben hat.

Beschäftigt ein privater Arbeitgeber eine Haushaltshilfe in seinem Haushalt, ist er verpflichtet, seine Haushaltshilfe binnen eines Monats nach Beginn des Beschäftigungsverhältnisses anzumelden, denn auch die privaten Haushaltshilfen, etwa Reinigungskräfte, Babysitter oder Gärtner, stehen unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Sofern die Beschäftigung im Rahmen eines Minijobs erfolgt, genügt die Anmeldung des Haushalts im Rahmen des Haushaltsscheckverfahrens

bei der Minijobzentrale, die die Anmeldung an die UKB weiterleitet. Im Berichtsjahr waren insgesamt über 8.700 private Haushaltshilfen bei der UKB angemeldet.

### Widersprüche und Klagen

Zwar prüft die UKB den Einzelfall genau und sorgfältig, trotzdem ist nicht jeder Versicherte mit der Entscheidung einverstanden. Er hat dann die Möglichkeit, dagegen Widerspruch einzulegen.

Der angegriffene Verwaltungsakt wird daraufhin umfassend auf seine Rechtmäßigkeit, bei Ermessensentscheidungen auch auf seine Zweckmäßigkeit überprüft. Von diesem Rechtsmittel wurde im Jahr 2011 in 242 Fällen Gebrauch gemacht.

Der dann für die Entscheidung zuständige Widerspruchsausschuss hat im Jahr 2011 insgesamt 203 Widerspruchsbescheide erlassen, von denen insgesamt 196 Widersprüche ohne Erfolg waren.

Ist der Versicherte auch mit der Widerspruchsentscheidung nicht einverstanden, kann er dagegen vor dem Sozialgericht klagen.

Die Zahl der eingereichten Klagen hat sich von 79 im Jahr 2010 auf 91 im Jahr 2011 erhöht.

Von den 75 erledigten Klagen im Jahr 2011 haben die Gerichte in 60 Fällen die Entscheidungen der UKB voll bestätigt, 3 Klagen wurden vergleichsweise erledigt.

# Regress

Die Unfallkasse Berlin (UKB) prüft bei jeder eingehenden Unfallmeldung, ob eine Drittbeteiligung erkennbar ist und damit die Möglichkeit eines Ersatzanspruches gegenüber einem Dritten besteht. Im Zuge des Regressverfahrens wird die Sach- und Rechtslage geprüft, unter anderem, indem Aussagen der Beteiligten und Zeugen ausgewertet werden. Ist die Haftung eines Dritten erkennbar, werden die Ansprüche bei ihm oder seiner Haftpflichtversicherung geltend gemacht. Die Schadenersatzansprüche der Versicherten gehen dann nach § 116 Sozialgesetzbuch (SGB) X auf die UKB über.

Ein weiterer Bereich umfasst Rückgriffe nach § 110 SGB VII gegen Schädiger aus dem Arbeits- oder Schulumfeld der Versicherten. Wenn jemand einen Arbeits- oder Schulunfall herbeigeführt hat, geht seine Haftung grundsätzlich auf die gesetzliche Unfallversicherung über. Zweck der Haftungsprivilegierung ist die Erhaltung des Betriebs- und Schulfriedens bei geringem Verschulden. Bei besonders schwerwiegendem Verschulden soll der ansonsten haftungsprivilegierte Personenkreis aber für die entstandenen

Kosten aufkommen. Die Arbeitskollegen oder Mitschüler, die Versicherungsfälle vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben, sollen nicht ohne Verpflichtung zum Ersatz der dadurch entstandenen Aufwendungen bleiben.

Nach den gebuchten Forderungen betragen die Regresseinnahmen im Berichtsjahr 2011 rund 2.155.770 Euro. Somit konnten die Einnahmen von rund 1.876.470 Euro aus dem Vorjahr um fast 15 Prozent gesteigert werden. Diese dienen der Konsolidierung der Haushalte der bei der Unfallkasse versicherten Unternehmen, da hierdurch die erforderlichen Beitragszahlungen zur UKB vermindert werden.

Bei den Regresseinnahmen handelt es sich überwiegend um die Regulierung von Schadenersatzansprüchen aufgrund von Wegeunfällen, beispielsweise Verkehrsunfällen und Unfällen als Folge eines schadhafte oder vereisten Gehwegs.

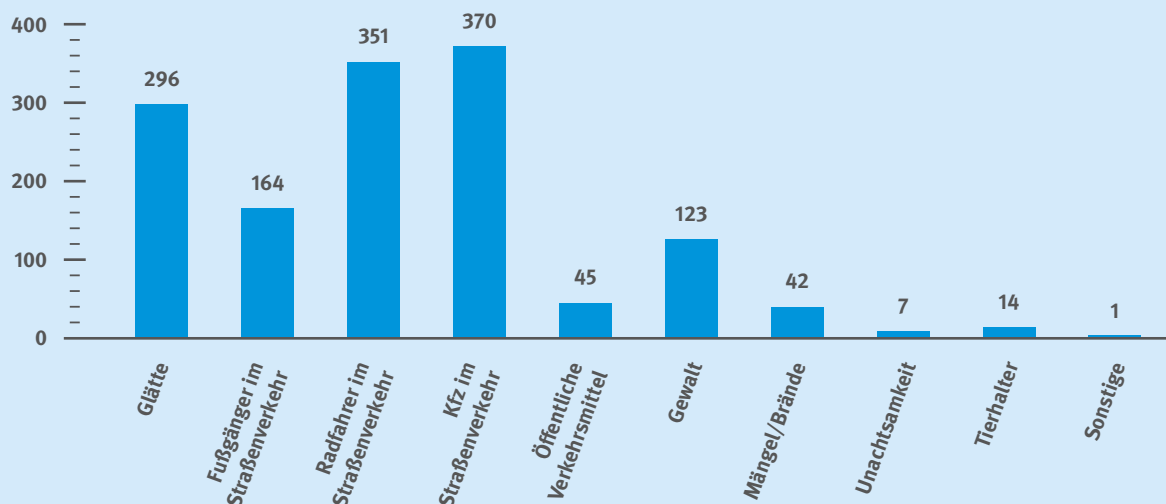
Regressansprüche können aber auch durch Unfälle ausgelöst werden, wie aus einer Unfallschilderung eines Arztberich-

tes hervorgeht: „Auf dem Nachhauseweg: Der Versicherten ist auf dem Weg von der Schule nach Hause von einem Hund, der nach ihrem Brötchen geschnappt hat, in den linken Mittelfinger gebissen worden.“ Der Hundehalter hat für den Schaden einzustehen.

Nach Arbeits- und Dienstunfällen von Beschäftigten der UKB wird ebenfalls geprüft, ob der Unfall auf ein Tun oder Unterlassen eines Dritten zurückzuführen ist und eine Haftpflicht begründet. Regressiert werden dann nicht nur die für Heilmaßnahmen erbrachten Kosten, sondern auch die Entgelt- und Bezügefortzahlungen bei unfallbedingter Arbeits- bzw. Dienstunfähigkeit der Beschäftigten. Auch wenn Beschäftigte der UKB in ihrer Freizeit einen Unfall durch ein Fremdverschulden erleiden, werden die Entgelt- und Bezügefortzahlungen regressiert.

Durch die Regressabteilung werden damit Verwaltungskosten (KGr 70) gesenkt, die durch den Ausfall einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters entstehen.

Im Berichtsjahr eröffnete Regressfälle (gesamt 1.413)



# Selbstverwaltung

Die Unfallkasse Berlin ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Ihre Selbstverwaltungsorgane sind die Vertreterversammlung und der Vorstand. In diesen Organen sind die Versicherten und die Arbeitgeber aus dem Landes- und dem kommunalen Bereich paritätisch vertreten. Der Vorsitz in der Vertreterversammlung und im Vorstand wechselt jeweils am 1. Oktober eines Jahres zwischen dem Versicherten- und Arbeitgebervertreter.

Die Vertreterversammlung besteht aus jeweils neun Vertretern auf der Versicherten- und der Arbeitgeberseite.

Sie beschließt über das autonome Recht der Unfallkasse wie z. B. die Unfallverhütungsvorschriften oder die Satzung. Daneben entlastet sie Geschäftsführer und Vorstand bei der Jahresrechnung.

Der Vorstand, der aus jeweils drei Vertretern der Versicherten- und der Arbeitgeberseite besteht, verwaltet die Unfallkasse Berlin und vertritt sie sowohl gerichtlich als auch außergerichtlich.

Im Berichtsjahr fanden Sozialversicherungswahlen statt. Mit Ablauf des Wahltages am 1. Juni 2011 wurden die Mitglieder der Vertreterversammlung neu gewählt.

Da in der Vorschlagliste nicht mehr Bewerberinnen und Bewerber benannt wurden, als Mitglieder zu wählen waren, wurde eine Wahlhandlung entbehrlich.

In der konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung am 1. November 2011 wählte die Vertreterversammlung ihre Vorsitzenden und den Vorstand aus ihren Reihen neu. Die alternierenden Vorsitzenden des Vorstandes sind Claudia Pfeiffer (Arbeitgeberseite) und Werner Schaberg (Arbeitnehmerseite). Als alternierende Vorsitzende der Vertreterversammlung wurden Ernst-Ulrich Reich (Arbeitgeberseite) und Michael Wiedeburg (Arbeitnehmerseite) gewählt.

## Zusammensetzung der Selbstverwaltung\* (alphabetische Reihenfolge)

Ordentliche Mitglieder der Vertreterversammlung	
Gruppe der Versicherten	Gruppe der Arbeitgeber
Charpentier, Ramona	Borchert, Evelyne
Kerwitz, Bernd	Döring, Kay
Koch, Stefan	Gerlach, Susanne
Kortmann, Lutz	Heymann, Jeannette
Mahlo, Annekathrin	Junge, Gerd-Bodo
Melcher, Barbara	Kliem, Kurt
Steffen, André	Meinig, Klaus
Wiedeburg, Michael (alternierender Vorsitzender)	Nitsch, Angelika
Witt, Peter	Reich, Ernst-Ulrich (alternierender Vorsitzender)

Ordentliche Mitglieder des Vorstands	
Gruppe der Versicherten	Gruppe der Arbeitgeber
Hauch, Helmfried	Pfeiffer, Claudia (alternierende Vorsitzende)
Schaberg, Werner (alternierender Vorsitzender)	Roderburg, Marianne
Schwarz, Sabine	Schröder, Rita

Ausschüsse der Unfallkasse Berlin		
	Versichertenseite	Arbeitgeberseite
Organisationsausschuss	Schaberg, Werner	Pfeiffer, Claudia
Rentenausschuss	Hauch, Helmfried	Schröder, Rita
Widerspruchsausschuss	Wiedeburg, Michael	Döring, Kay
Präventionsausschuss**	Hauch, Helmfried / Melcher, Barbara	Nitsch, Angelika / Roderburg, Marianne

\* Stand 01.11.2011    \*\* Stand 16.03.2012

Delegierte zur Mitgliederversammlung der Deutschen gesetzlichen Unfallversicherung e. V. (DGUV), zum Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung e. V. (KUV), zum Verein zur Förderung der Ar-

beitssicherheit in Europa (VFA) sowie zur Unfallbehandlungsstelle der Berufsgenossenschaften Berlin e. V. (UBS) sind die Vorstandsmitglieder Werner Schaberg und Claudia Pfeiffer.

Mitglied für den Beirat des Landesverbandes der DGUV ist das Vorstandsmitglied Helmfried Hauch.



# Verwaltung

Die persönliche und fachliche Weiterentwicklung der Beschäftigten hat in der Unfallkasse Berlin einen hohen Stellenwert. Aufgrund der sich ständig verändernden fachlichen Herausforderungen – sei es durch Gesetzesänderungen oder Änderungen in technischen Standards – ist die gesetzliche Unfallversicherung eine ausgesprochen fortbildungsintensive Branche.

Die Weiterqualifizierung des Personals erfolgt zumeist in den drei Ausbildungszentren der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), die mit ihrem speziellen Schulungsangebot den Aus- und Fortbildungsbedarf der Unfallversicherungsträger decken. Das Angebot der Verwaltungsakademie Berlin wird von der UKB ebenfalls gern genutzt.

Auch die Ausbildung des Nachwuchses zu Sozialversicherungsfachangestellten mit dem fachlichen Schwerpunkt „gesetzliche Unfallversicherung“ erfolgt neben dem betrieblichen Teil in der UKB und dem Berufsschulenteil im Oberstufenzentrum für Wirtschaft und Sozialversicherung in den Bildungszentren der DGUV.

## Personalstruktur im Jahr 2011

Beamte/DO-Angestellte	Tarifbeschäftigte	Auszubildende
12	146	11

Im Berichtsjahr konnten zwei Auszubildende die Ausbildung erfolgreich abschließen. Sie wurden in befristete Arbeitsverhältnisse übernommen.

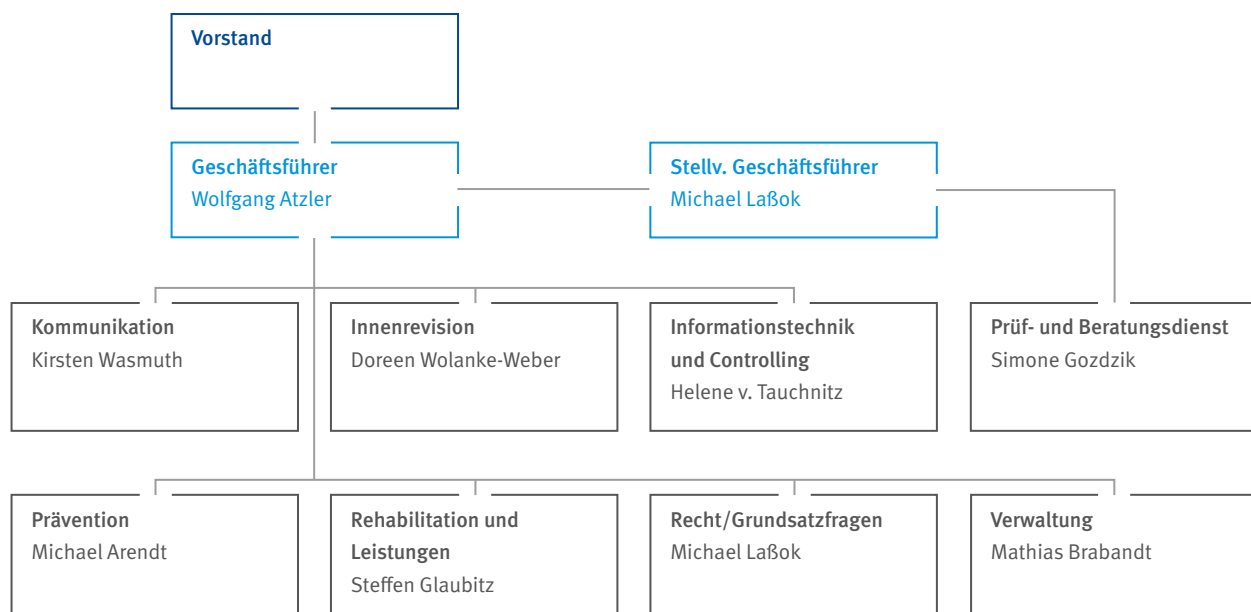
### Betriebliches Gesundheitsmanagement

Ein Unternehmen ist nur erfolgreich, wenn die Mitarbeiter gesund und leistungsfähig sind und bleiben. Deshalb muss jedes Unternehmen für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sorgen.

Die UKB hat im Rahmen ihres betrieblichen Gesundheitsmanagements ein Eltern-Kind-Zimmer eingerichtet, um Eltern in schwierigen Betreuungssituationen zu unterstützen. Um den Zusammenhang von Führung und Gesundheit zu verdeutlichen und die Führungskräfte zum gesundheitsorientierten Führen zu stärken, wurden Fortbildungen durchgeführt und es sind weitere geplant.



## Organisationsstruktur der Unfallkasse Berlin



# Haushalt

Seit dem Inkrafttreten des Unfallversicherungsmodernisierungsgesetzes (UVMG) und der damit verbundenen Neugestaltung des Vermögensrechts müssen die Unfallversicherungsträger drei verschiedene Vermögensmassen getrennt voneinander ausweisen. Dies sind die Betriebsmittel, die Rücklagen und das Verwaltungsvermögen. Im Wesentlichen dienen die Betriebsmittel der Bestreitung der laufenden Ausgaben für Leistungen gegenüber den versicherten Personen sowie der Verwaltungsausgaben. Dagegen spiegelt sich im Verwaltungsvermögen der gesamte Bereich des Investitionshaushaltes und der Altersrückstellungen

wider. Die dritte Vermögensart, die Rücklagen, wird von der Unfallkasse Berlin satzungsgemäß nicht gebildet.

Im Einklang mit den Änderungen des Vermögensrechts wurde ebenfalls mit Wirkung zum 01. Januar 2010 ein neuer gesetzlicher Kontenrahmen wirksam. Die Vorjahreszahlen bis einschließlich 2009 wurden in der Übersicht zum Vermögen entsprechend angepasst.

Der Haushaltsplan für das Berichtsjahr 2011 wurde für den Betriebsmittelhaushalt in einer Gesamthöhe von 56.496.230 EUR jeweils für Einnahmen

und Ausgaben vom Vorstand am 22. November 2010 aufgestellt und von der Vertreterversammlung am 09. Dezember 2010 festgestellt. Zusätzlich wurden für das Verwaltungsvermögen Einnahmen in Höhe von 82.710 EUR und Ausgaben in Höhe von 28.500 EUR geplant.

Im Haushaltsjahr 2011 konnten die Entschädigungsleistungen nach einem Anstieg im Jahr 2010 wieder auf das Niveau des Jahres 2009 zurückgefahren werden, was insbesondere aus dem Rückgang der Unfallzahlen gegenüber dem Vorjahr resultiert. Die im Bereich der Betriebsmittel im Jahr 2010 erstmalig ausgewiesenen

Aktiva		2007	2008	2009	2010	2011
	KGr	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Sofort verfügbare Zahlungsmittel der Betriebsmittel	00	4.023.746,74	147.104,74	9.503.562,06	3.716.874,59	4.495.624,81
Forderungen der Betriebsmittel	01	-479.972,65	16.370.289,80	3.390.809,96	3.072.162,07	2.416.362,19
Geldanlagen und Wertpapiere der Betriebsmittel	02	14.000.000,00	2.500.000,00	7.617.747,16	7.760.886,40	7.907.059,56
Sonstige Aktiva der Betriebsmittel	04	1.333.062,79	1.356.776,70	1.382.047,47	1.383.015,03	1.395.940,49
Rücklage	05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Liquide Mittel und Forderungen des Verwaltungsvermögens (ohne KGr 08)	06	0,00	0,00	0,00	856.878,30	931.631,83
Bestände des Verwaltungsvermögens	07	0,00	0,00	0,00	158.909,90	306.956,37
Mittel für die Altersrückstellungen	08	1.542.985,80	1.824.832,36	2.218.892,14	2.533.448,73	2.810.555,54
Rechnungsabgrenzung des Verwaltungsvermögens	09	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>Summe Aktiva</b>		<b>20.419.822,68</b>	<b>22.199.003,60</b>	<b>24.113.058,79</b>	<b>19.482.175,02</b>	<b>20.264.130,79</b>

Passiva		2007	2008	2009	2010	2011
	KGr	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Betriebsmittel	10	19.584.164,04	15.244.230,35	18.836.972,81	12.450.392,86	13.410.879,00
Kurzfristige Verpflichtungen, Kredite und Darlehen	11	-707.327,16	5.129.940,89	3.057.193,84	3.482.545,33	2.804.108,00
Rücklage	15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verwaltungsvermögen	16	0,00	0,00	0,00	954.728,90	1.177.745,75
Verpflichtungen des Verwaltungsvermögens	17	0,00	0,00	0,00	30.978,34	60.842,45
Rückstellungen für Altersversorgung	18	1.542.985,80	1.824.832,36	2.218.892,14	2.563.529,59	2.810.555,54
<b>Summe Passiva</b>		<b>20.419.822,68</b>	<b>22.199.003,60</b>	<b>24.113.058,79</b>	<b>19.482.175,02</b>	<b>20.264.130,79</b>

Erträge der Betriebsmittel		2007	2008	2009	2010	2011
	KGr	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Beiträge und Gebühren	20–22	51.312.471,93	45.750.711,28	52.077.483,15	49.233.750,44	53.992.971,16
Einnahmen aus Ersatzansprüchen	35	2.324.140,72	2.287.063,34	5.138.539,44	1.621.828,82	1.670.835,23
Entnahme aus Betriebsmitteln	37	134.394,66	100.000,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen und sonstige Einnahmen	32, 36, 38, 39	1.131.653,98	1.137.692,36	662.291,30	328.240,22	357.669,48
<b>Summe Einnahmen</b>		<b>54.902.661,29</b>	<b>49.275.466,98</b>	<b>57.878.313,89</b>	<b>51.183.819,48</b>	<b>56.021.475,87</b>

Aufwendungen der Betriebsmittel		2007	2008	2009	2010	2011
	KGr	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Entschädigungsleistungen	40–58	40.177.810,08	41.751.521,75	43.568.775,44	45.352.343,17	43.705.706,64
Prävention	59	2.571.006,44	2.609.938,68	2.637.099,08	2.982.535,19	2.849.445,65
Umlagewirksame Vermögensaufwendungen	63	1.098,16	75.376,48	136.929,28	1.116,72	579,59
Beitragsausfälle und Beitragsnachlässe	64, 65	11.605,00	11.901,00	0,00	0,00	0,00
Zuführung zu den Vermögen	67	0,00	0,00	0,00	527.800,00	397.900,00
Sonstige Aufwendungen	69	1.493.155,32	1.071.282,78	29.296,41	43.152,37	23.299,35
Persönliche Verwaltungskosten	70, 71	5.752.503,39	5.842.207,41	5.843.339,26	6.335.144,70	6.254.252,34
Sächliche Verwaltungskosten	72, 73	1.479.032,89	1.160.473,78	1.109.842,22	1.199.527,64	1.128.279,07
Sonstige Verwaltungs- und Verfahrenskosten	74–79	847.968,57	992.698,79	960.289,74	810.653,87	701.527,09
<b>Summe Ausgaben</b>		<b>52.334.179,85</b>	<b>53.515.400,67</b>	<b>54.285.571,43</b>	<b>57.252.273,66</b>	<b>55.060.989,73</b>

Erträge des Verwaltungsvermögens		2007	2008	2009	2010	2011
	KA	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Umlageunwirksame Erträge des Verwaltungsvermögens (ohne 313)	31	0,00	0,00	0,00	13.537,53	42.546,70
Erträge aus Mitteln der Altersrückstellungen	313	0,00	0,00	0,00	54.556,59	67.106,81
<b>Summe Einnahmen</b>		<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>68.094,12</b>	<b>109.653,51</b>

Aufwendungen des Verwaltungsvermögens		2007	2008	2009	2010	2011
	KGr	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Umlageunwirksame Aufwendungen des Verwaltungsvermögens	61	0,00	0,00	0,00	10.468,84	37.510,71
<b>Summe Einnahmen</b>		<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>10.468,84</b>	<b>37.510,71</b>

Aufwendungen in der Kontengruppe 67 (Zuführung zu den Vermögen) beinhalten die planmäßige Zuführung zum Verwaltungsvermögen für die Mittel der Altersrückstellungen und die Mittel zur Durchführung der notwendigen Investitionen.

Der Anstieg der umlageunwirksamen Aufwendungen im Verwaltungsvermögen resultiert aus der Tatsache, dass im Verwaltungsvermögen seit dem Jahr 2010 Neuanschaffungen von langlebigen Wirtschaftsgütern als Vermögen auszuweisen und über die Nutzungsdauer ab-

zuschreiben sind. Durch die im Laufe der nächsten Jahre notwendigen Ersatz- und Neuanschaffungen von Wirtschaftsgütern wird dieser Vermögensstock langsam aufgebaut, was einen Anstieg der Abschreibungssumme im gleichen Zeitraum zur Folge hat.

## Unfallkasse Berlin

Culemeyerstraße 2  
12277 Berlin  
Tel.: 030 7624-0  
Fax: 030 7624-1109  
[unfallkasse@unfallkasse-berlin.de](mailto:unfallkasse@unfallkasse-berlin.de)  
[www.unfallkasse-berlin.de](http://www.unfallkasse-berlin.de)